

# Sächsisches Volksblatt

## Anabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Abonnententafel...  
Abgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 1,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,58 M.; in Oesterreich 4,48 K.  
Abgabe B ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,00 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,28 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

Interesse werden die Gesellschafter...  
Abdruckrecht, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1546  
Für Rückgabe unbenutzt. Schriftstücke keine Verbrieflichheit  
Abdruckrecht vorbehalten. 11 bis 12 Uhr

**Für die Monate Mai und Juni**  
abonniert man auf die „Sächsische Volkszeitung“ mit der täglichen Romanbeilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage „Freierabend“ zum Preis von 1,20 M. (ohne Bestellgeld), durch den Boten ins Haus 1,40 M. Der Bezugspreis auf die Ausgabe A mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Die Zeit in Wort und Bild“ erhöht sich monatlich um 10 Pfennig.

### Sicherheit der Seeschifffahrt — Jesuiten

Die furchtbare Katastrophe des „Titanic“ hat die Allgemeinheit wieder aufmerksam gemacht auf die Wichtigkeit eines ausgebildeten Nachrichtendienstes über etwaige Gefahren, welche die auf See befindlichen Schiffe bedrohen. Von schweren Verlusten kann auch die deutsche Kriegsmarine erzählen; die Erinnerung an den Untergang des „Albatros“ mag genügen. Der führt uns nach dem Großen Ozean mit seinen den Schiffen so gefährlichen Taifun- und Inkonstürmen. Wohl dem Schiffe, das von dem Aufziehen eines solchen Sturmes gewarnt, noch rechtzeitig den schützenden Hafen erreicht oder die Abfahrt verzögert, bis der Sturm vorbeigezogen ist.

Rein Wunder, daß die Observatorien, die sich die Erforschung dieser Stürme besonders angelegen sein lassen und den Schiffen die Warnungen zugehen lassen, sich von Seiten der Herren Kapitäne der größten Hochachtung erfreuen. Wir nennen die Observatorien von Manila auf den Philippinen und von Sikawei bei Shanghai, bitten aber die heutigen Jesuitenpater, keinen Ohnmachtstand zu bekommen und auch keinen Lobhudeleis, wenn wir ihnen verraten, daß diese beiden Observatorien von den Jesuiten errichtet sind und auch von ihnen geleitet werden. Wer sich näher über die Bedeutung des ersten Instituts für die Erdbebenforschung und Seefahrt unterrichten will, sei verwiesen auf „Natur und Offenbarung“ 1903, 237 bis 245. Das meteorologische Observatorium in Manila auf den Philippinen und seine theoretisch-praktischen Arbeiten.

Wir nennen diese beiden Jesuiteninstitute in diesen Tagen einer pathologischen Jesuitenangst deshalb, weil vor nicht langer Zeit erst zwei deutsche Kommandeure diesen Jesuiten, denen durch ein klamantes Gesetz der Intoleranz Deutschland verschlossen ist, ihren Dank auszusprechen sich veranlaßt gesehen haben wegen ihrer Verdienste um die deutsche Flotte!

Unter dem 20. März 1899 schrieb der Vizeadmiral v. Diederich an den Jesuitenpater José María, Direktor des Observatoriums von Manila:

„Da am 4. des laufenden Monats das Schiff der deutschen Kaiserlichen Marine „Kaiserin Augusta“, das letzte des Geschwaders, das in diesem Hafen stationiert lag, Manila verlassen hat, so halte ich es für meine Pflicht, Ew. Hochwürden meinen aufrichtigen Dank auszusprechen für die Bereitwilligkeit, mit der Sie mir und den Kommandanten der übrigen deutschen Kriegsschiffe die täglichen Wetterbeobachtungen und die Ankündigung des Witterungswechsels durch Signale zukommen ließen. Diese wertvollen Mitteilungen Ihrer herrlichen Anstalt, von deren glänzender Einrichtung ich durch Augenschein mich zu überzeugen die Ehre hatte, haben sich nicht nur den deutschen Kriegsschiffen, sondern allen insgesamt als sehr nützlich erwiesen. In meinem Namen und dem aller Kommandanten des Kriegsgeschwaders spreche ich Ew. Hochwürden nochmals meinen Dank aus und kann ich nicht umhin, dem Observatorium von Manila zu gratulieren, daß es unter solcher Leitung steht. Ich habe die Ehre zu sein Ihr ergebenster B. Diederich, Vizeadmiral des deutschen Geschwaders.“

Das andere Schreiben von Vizeadmiral Bendemann, datiert 4. November 1901 von Hongkong an den Direktor des Observatoriums von Sikawei bei Schanghai hat folgenden Wortlaut:

„Lieber Herr! Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für den zweiten Teil Ihrer Arbeit über die meteorologischen Verhältnisse Chinass, die Sie die Güte hatten, mir zu senden. Ich habe meine Kommandanten eben wieder aufgefordert, Ihr Werk, das für die Wohlfahrt aller Seeleute und aller Schiffe so unschätzbaren Wert besitzt, durch regelmäßige Berichte zu unterstützen. Es ist das die einzige Gelegenheit, die ich habe, um meine Erkenntlichkeit zu bezeugen für die unschätzbaren Mitteilungen, welche das Observatorium von Sikawei so unermüdetlich den unter meinem Kommando stehenden Schiffen zukommen läßt. Empfangen Sie, lieber Herr, die Versicherung meiner

höchsten Hochachtung, mit der ich verbleibe ganz der Ihre. Bendemann, Vizeadmiral.“

Vielleicht werden von unseren liberalen Jesuitenangstmeiern diese beiden Vizeadmirale im Reichstage zur Rede gestellt darüber, wie sie Leuten, die nach liberalen, kulturkämpferischen Anschauungen jeder Deutsche gleich wie den Teufel zu fürchten und zu hassen hat, noch Dankschreiben zu senden können für wirkliche Dienste, welche diese „geschworenen Feinde des Deutschen Reiches“ und seiner Weltmachtstellung der deutschen Kriegsmarine erwiesen haben.

Armes Deutsches Reich! Was muß das Ausland denken von deiner stolzen Armee, wenn das deutsche Bürgerheer vor ein paar Hundert Jesuiten, die keine Maschinen- und keine Dreadnoughts haben, ins Wasserloch kriegt und die ganze deutsche liberale Presse wiederholt von Hilferufen vor diesen wenigen waffenlosen Männern. Ein größeres Armutszeugnis kann der deutschen Seeresmacht, aber auch den geistigen Waffen diesen Jesuitenpater gar nicht ausgestellt werden. Was muß da das Ausland denken!

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. April 1912.

#### Die Reichseisenbahnen im Reichstage.

Bei schlecht erleuchtetem Hause ging heute die Debatte weiter. Kochmann vom Zentrum sprach sich für die Wünsche der Arbeiter und Angestellten aus. Die Abg. Kiedler, Dr. Mütt und andere schließen sich diesen Wünschen an. Eisenbahnminister v. Preußenbach geht auf die Einzelwünsche näher ein und sagt Verständigung zu, so weit es in den allgemeinen Rahmen passe. Der Kolonialetat wird am Montag beraten werden.

### Politische Rundschau.

Dresden, 27. April 1912.

— **Preussisches Abgeordnetenhaus.** Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird beim Titel Ministergehalt fortgesetzt. Abg. Hammer (son.) verlangt verschiedene Verbesserungen auf verschiedenen Gebieten. Abg. Dr. Bell (Ztr.) sprach sich in seiner Rede über die frühere Einberufung des Landtages, die Schaffung volkswirtschaftlicher, billiger Theatervorstellungen und endlich über das Wahlrecht und das unabh. Funktion der Sozialdemokraten aus. Es sprachen sodann noch verschiedene Abgeordnete der einzelnen Parteien, u. a. Abg. Dr. Wöyna (freik.), Abg. Dr. Schmidt (Ztr.), Stroffer (son.) und auch der Minister v. Dallwitz. Das Haus vertagte sich am Montag.

— **Das Schiffahrtsabgabengesetz wird teilweise in Kraft gesetzt.** Wie eine Zeitung hört, hat die preussische Regierung im Bundesrat einen Antrag eingebracht, wonach das Gesetz über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen vom Dezember v. J. teilweise in Kraft gesetzt werden soll, und zwar sollen die Artikel des Gesetzes mit Ausnahme des Artikels 2 für alle Stromgebiete in Kraft gesetzt werden und außerdem Artikel 2 (Abgaben) für das Weserstromgebiet. Hieraus läßt sich entnehmen, daß zwischen den vier Ministerien eine Verständigung der Stromgebiete hinsichtlich der Abgaben gefunden ist. In Bezug auf die Weser soll daher das Gesetz in allen seinen Teilen nunmehr in Geltung treten.

— **Das Münchener Zentrumblatt, der „Bayerische Kurier“, über die Erklärung des Reichskanzlers.** In einer Erörterung der Erklärung des Reichskanzlers zum bayerischen Jesuitenverbot bemerkt der „Bayerische Kurier“: Unrichtig sei die Aussage des Reichskanzlers, die Auslegung der Bundesratsverordnung sei bisher in allen Bundesstaaten die gleiche gewesen. Bayern habe sich mit der lächerlichen Bundesratsbekanntmachung von 1872 begnügt und eine eigene Auslegung nicht erlassen. Schließlich bemerkt der „Bayer. Kurier“: Solange der neue Beschluß des Bundesrates nicht vorliegt, sei dringend zu wünschen, aus Klugheit und Loyalität alles hintanzuhalten, was die Aktion des Bundesrates und Bayerns föhren könnte, und jeden Konfliktstoff zu vermeiden.

— **Widerwärtige Deutler.** Die laaerle Stellung, die das Zentrum nach seinen Grundrissen wie nach seiner Vergangenheit gegen das Duell zum Schutze des christlichen Volkes eingenommen hat, erfährt in den liberalen Kreisen die unerhörteste Verdächtigung und die gemeinste Verleumdung. Das jüdische „Berl. Tagebl.“ findet einen Zusammenhang mit der Jesuitenfrage und schreibt: „Was mag man Verleugung des Jesuitengesetzes vorzuwerfen? Da dürfte es doch an der Zeit sein, an einem biblischen, auf Lager gehaltenen Fall der preussischen Regierung vorzugreifen, wie sie, wo es die Pflege militärischer Kampfesportes galt, unbedenklich zur Verleugung des Strafgesetzes zwang. Das war der naheliegende und wie sich nicht bestreiten läßt, sehr zweckdienliche Gedankengang, der zur Antempfung des Kriegsministers v. Heeringen durch Matthias Erzberger führte. Man legte dem Mitgliede der Regierung, das die Wehrvorlagen in erster Linie zu verteidigen hat, einen Strich um den Hals und kann ihn ja, bevor der Bundesrat den Begriff verbotener Ordens-tätigkeit endgültig ergründet hat, bei Gelegenheit noch ein bißchen anzeigen. Daß das zu dem Zwecke geschähe, dem Verständnis des Bundesrates für die „milde Praxis“

des Freiherrn v. Hertling nachzuhelfen, soll erst mal jemand beweisen! Das geschieht selbstverständlich nur im Interesse von Recht und Gerechtigkeit, von Moral und Christentum, und wenn alles gut geht, bekommt man schließlich nicht nur die Jesuiten, sondern noch einen hochmoralischen Heiligenheilmittel dazu.“ Dann geht es weiter bis zu dem perfiden Satz, daß der Kaiser auf die Bitte gezwungen werden soll. Dieselbe Ansicht vertritt auch ein pensionierter General in der „Lokal. Rundschau“, wo er schreibt: „Die Regierung hat die denkbar sparsamsten, ja entschieden zu sparsamen Vor schläge gemacht, und kein Mensch außerhalb des Zentrums zweifelt an deren Annahme. Da bringt Herr Erzberger den Fall Sambeth aufs Tapet und bezeichnet die darauf bezügliche Kabinettsordre als Schandtag im Sinne eines christlichen Volkes.“ Leider wird Herr Erzberger nicht sofort deswegen zur Ordnung gerufen, was er durch die Verleumdung unseres Kaisers reichlich verdient hatte. Leider beteiligt sich dem Zeitungsbericht zufolge bei dem gleich darauf eintretenden Schluß seiner Rede die rechte Seite des Hauses am lebhaftesten. Fall des Zentrums! Nun antwortet der Kriegsminister in begreiflicher Erregung und vielleicht in einem etwas scharfen Tone, aber nicht mit verlegenden Worten. Dem Hg. Spahn zufolge hat er gesagt: „Jeder, der Auffassung bekundet, wie es der betreffende Herr (Dr. Sambeth) getan hat, paßt unter den vorliegenden Umständen nicht mehr in die Verhältnisse, in denen er bisher war.“ Das mag in der Eile nicht sehr gut stilisiert gewesen sein; verlegend war es nicht, weder für Angehörige bürgerlicher Berufe, noch für Katholiken.“ Ausgesprochen; wer also die Gesetzesverletzung rügt, der soll zur Ordnung gerufen werden, wer die Gesetzesverletzung verherrlicht, soll künftig wohl noch eine besondere Anerkennung erhalten. Aber diese Verdrehung der elementarsten Rechtsbegriffe erfolgt nur zu dem Zwecke, um gegen das Zentrum heben zu können. Diese Partei mag es machen, wie sie will; sie wird stets verurteilt. Es ist ein geradezu ekelhaftes Treiben, das jetzt in einem Teile der Presse einsetzt.

— **Rückgang der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet.** Vorige Woche fanden im Bochumer und im Gelsenkirchener Gebiete die von den Grubenarbeitern zu treffenden Wahlen der Sicherheitsmänner für die Zeche statt. Auf der Zeche „Wilhelmine Viktoria“ verlor der alte (sozialdemokratische) Verband zugunsten der christlichen Arbeiter 7 Mandate. Auf der Zeche „Hannover“ wurden dem alten Verbände 3 Mandate entzogen. Auf der Zeche „Engelsburg“ konnte der sozialdemokratische Verband überhaupt keine Mandate mehr bekommen. Folge des leichtfertigen Streifes und des dabei entfalteten sozialdemokratischen Terrors.

— **Die Raiffeiser, eine überkommene Sitte.** Die Raiffeiser, die das internationale Proletariat zu begeben sich anseht, scheint in diesem Jahre besonders der Halbansicherung zu bedürfen. Wenn aber der dazu bestimmte Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes von einer immer größer werdenden Bedeutung des „Reifeiertages“ spricht, so wirkt eine derartige Uebertreibung um so lächerlicher, als sie vor den Tatsachen in keiner Weise standhalten kann. So konstatiert denn auch der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Colver in der „Konjunktur“ (Nr. 28), daß die heutige Raiffeiser nichts mehr ist als eine überkommene Sitte, von der man nicht lassen will, weil ein Verzicht auf die Raiffeiser als ein Zeichen der Schwäche gedeutet würde. Alle Verluste, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen, seien geachtet an der Macht der Arbeitgeber. Wenn dem aber so sei, was habe es dann noch für einen Sinn, die Forderung einer allgemeinen Arbeitsruhe noch immer zu erheben und sie auf allen möglichen Umwegen beizubehalten. Gerade die Gewerkschaften hätten vollauf erkannt, daß es eine gefährliche Währungsprobe bedeute, wenn sie den Arbeitgebern am 1. Mai ihren Willen aufzwingen wollten. Sie hätten auch unter den bisherigen Versuchen, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen zu wollen, am meisten gelitten. — Unter diesen Umständen dürfte die Raiffeiser das selbe Risiko erleiden, das ihr bisher beschieden gewesen ist.

### Oesterreich-Ungarn.

— **Die Landesparteivertretung der slowakischen nationalsozialen Partei bezieht** auf den Rücktritt ihrer Vertreter aus der nationalpolitischen Ausschusskommission, nachdem kürzlich auch die slowakische nationalsozialen Partei ihre Vertreter aus dieser Kommission zurückgezogen hatte. Dadurch sind die Ausschussverhandlungen erschüttert. Da die nationalsozialen Partei unter den Wählern den größten Anhang hatte und die übrigen slowakischen Parteien nicht gegen sie aufkommen können.

### Frankreich.

— **Die spanisch-französischen Verhandlungen.** Die Nachricht, daß in dem französischen Ministerium am Sonntagabend die Frage des Abbruchs der Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich aufgerollt worden sei, ist nach einer Meldung der Agence Havas unrichtig. Vielmehr habe Ministerpräsident Poincaré die Minister über den Fortgang der Verhandlungen unterrichtet. Auf Seiten Frankreichs lasse man die Hoffnung nicht sinken, sie demnächst zu Ende zu führen.